

So war das nicht gedacht

Arbeitgeber fordern Einhaltung der Tripartite-Abmachungen

VON LAURENT ZEIMET

Die Arbeitgeber holen zum Gegen-schlag aus. Die Union des entrepri-ses du Luxembourg, UEL, machte gestern vor der Presse ihren Stand-punkt noch einmal deutlich: Ja zu einem Einheitsstatut für alle Arbeit-nnehmer im Privatsektor, aber zu den Bedingungen, die in der Tripartite abgemacht wurden.

Nein, die Arbeitgeber haben nicht das Gefühl, dass sie bei der Tripartite über den Tisch gezogen wurden. Aber die Diskussion um das Einheitsstatut entwickelte sich in die falsche Richtung. „Wir bestehen darauf, dass die Abmachungen ohne Abstriche in die Tat umgesetzt werden.“ Um ihre Geschlossenheit zu demonstrieren, nahm fast der gesamte Vorstand der UEL an der Pressekonferenz teil. „Die Einführung eines Einheitsstatuts für Arbeitnehmer war ganz klar an zwei Bedingungen geknüpft“, erklärte der UEL-Vorsitzende Michel Wurth.

Erstens dürfte die Reform keine finanzielle Mehrbelastung für die Gesamtwirtschaft bedeuten und zweitens müsste den besonderen Problemen einiger Sektoren Rechnung getragen werden. Kurzum: Das Einheitsstatut müsse kostenneutral sein und für Branchen, die viele Arbeiter beschäftigen, keine

negativen Auswirkungen haben. Schließlich habe die Tripartite das Ziel verfolgt, die Luxemburger Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. „Pacta sunt servanda“ fordern die Arbeitgeber. Eine nachhaltige Verschlechterung der Kompetitivität durch die Einführung eines Einheitsstatuts auf Kosten der Unternehmen sei nicht hinnehmbar.

UEL-Generalsekretär Pierre Bley definiert die versprochene Kostenneutralität ganz eindeutig. Weder für die Wirtschaft in ihrer Gesamtheit noch für die einzelnen Sektoren dürfe es zu einer finanziellen Mehrbelastung kommen. Kopfzerbrechen bereitet den Arbeitgebern vor allem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. „Wir wollen keinem etwas wegnehmen“, versichert Bley. Aber wenn die Unternehmen die Lohnfortzahlung für die Arbeiter übernehmen sollen, dann müssten sie den Unterschied zwischen den aktuellen Beiträgen der Arbeiter und dem zukünftigen einheitlichen Beitrag zur Krankenkasse zurückbehalten dürfen. Die Arbeitgeber könnten sich auch eine „bescheidene“ Beteiligung der Arbeitnehmer bei der Finanzierung des Krankengelds vorstellen. Vor allem müsse aber entschiedener gegen das Krankfeiern vorgegangen werden. In einigen Sektoren würde der Missbrauch immer stärker um sich greifen. Die Kontrollen seien

schwerfällig und bei Grenzgängern kaum durchführbar, beschwerten sich die Arbeitgeber. Um das finanzielle Risiko zu begrenzen, denken die UEL-Organisationen an die Schaffung einer Versicherung.

Das Patronat erwartet sich im Arbeitsrecht einige Anpassungen, der „übertriebene Formalismus“ sei zurückzuschrauben. Bei der UEL ist man über das Verhalten der anderen Tripartite-Parteien verärgert. Die Gewerkschaften hätten bis heute noch keine eigenen Vorschläge auf den Tisch gelegt, die Vorlage der Regierung wiederum würde das Prinzip der Kostenneutralität nicht respektieren.

Am Freitag werden sich die Sozialpartner ein weiteres Mal treffen, um über die „Jahrhundertreform“ zu diskutieren. Eigentlich wollte sich die Arbeitsgruppe unter der Leitung der Minister Mars Di Bartolomeo und François Biltgen bis zum Ende des Jahres auf die Grundzüge eines einheitlichen Statuts im Privatsektor einigen. Zum 1. Januar 2009 soll das Einheitsstatut in Kraft treten. Arbeitgeber und Gewerkschaften werfen sich nun gegenseitig vor, die Tripartite-Abmachungen umgehen zu wollen. Dabei sei die von Premier Jean-Claude Juncker eigenhändig redigierte Passage zum Einheitsstatut im Tripartite-Abkommen doch „sonnenklar“, meint man bei der UEL.



Pacta sunt servanda: Die Arbeitgeber for-



dern, dass die Abmachungen der Tripartite ohne Abstriche umgesetzt werden.

(FOTO: SERGE WALDBILLIG)